

Antrag 235/I/2018

KDV Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Erhöhung der Regelleistungen um mindestens 30 Prozent!

1 Das Land Berlin wird aufgefordert, im Bundesrat einen Ge-
2 setzentwurf vorzulegen. Dieser Gesetzentwurf soll eine
3 Erhöhung der Regelleistungen von Hartz IV, Sozialhilfe, in
4 der Altersgrundsicherung und für Asylbewerberinnen und
5 Asylbewerber entsprechend der Berechnungen des Pari-
6 tätischen Wohlfahrtsverbands um mindestens 30 Prozent
7 vorsehen.

8

9 **Begründung**

10 Die Regelsätze sind zu niedrig. Das ist die überein-
11 stimmende Ansicht von Fachleuten, Wohlfahrtsverbän-
12 den und vieler Mitglieder der SPD. Armut breitet sich in
13 Deutschland aus. Oft müssen die Tafeln das Lebensnot-
14 wendige gewähren, weil das Geld vom Amt hinten und
15 vorne nicht reicht. Dabei ist es Aufgabe des Staates, allen
16 ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Das steht
17 auch so im Grundgesetz. Es geht hier nicht um Almo-
18 sen oder wünschenswerte Zusatzleistungen, sondern um
19 grundlegende Bedürfnisse.

20

21 Die soziale und finanzielle Gemengelage unserer Gesell-
22 schaft ist äußerst komplex und ein Thema für Expertinnen
23 und Experten. Wie die soziale Sicherung menschenwür-
24 dig, effizient und gerecht organisiert werden kann, muss
25 ganz neu und grundlegend geklärt werden. Die SPD kann
26 diese Diskussion in ihrem derzeitigen Zustand schon man-
27 gels Glaubwürdigkeit nicht führen. Wir müssen uns als
28 erstes von der Agendapolitik lösen und uns wieder solida-
29 risch neben die Armen und Bedürftigen stellen. Die längst
30 überfällige Anpassung der Regelleistungen an die Realität
31 verschafft uns Glaubwürdigkeit. Sie wäre ein Signal nach
32 innen und außen, daß wir es ernst meinen. Reden zur not-
33 wendigen Erneuerung haben wir langsam genug gehört
34 und gehalten. Jetzt müssen wir handeln.

35

36 In Berlin regiert die SPD mit der Linken und den Grünen.
37 Hier ist eine Mehrheit für eine Erhöhung der Regelleistun-
38 gen möglich. Um dem Thema die notwendige Öffentlich-
39 keit zu verschaffen, bietet sich der rasche Weg über den
40 Bundesrat an. Selbstverständlich schließt das andere We-
41 ge, das Thema auf die politische Tagesordnung zu heben,
42 nicht aus.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)